

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Niederschrift

SGA/23/2007

der 23. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit - **öffentlicher Teil** -
am Donnerstag, dem 29.03.2007, 17:00 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

Anwesenheit:

Landrat

Gräfe, Christine

Vertretung für Herrn Sieghardt Rydzewski

Fraktion CDU

Arndt, Christiane

Blawatt, Hubert

Fraktion SPD

Zehmisch, Martina

Fraktion Die Linke.PDS

Ebert, Barbara

Tempel, Frank

Vertretung für Herrn Klaus Hübschmann

Fraktion FDP

Bugar, Hans-Peter

beratende Mitglieder

Hanisch, Eberhard

Keiner, Dirk

Lorenz, Kathrin

Lukasch, Ute

Fachdienstleiter

Blüher, Bernhard Dr. med.

in Vertretung FBL 4

Lorenz, Ralph

Wecker, Martina

Weichelt, Steffi

weitere Teilnehmer

Swiridoff, Michael Chefarzt Dipl.-Psych.

Vorsitzender des Psychiaterbeirates

Entschuldigt:Fraktion CDU

Golder, Barbara

dienstlich

Unentschuldigt:

Horny, Hans-Joachim Dr.

Kunze, Harald Dr.

Vorsitz: Christine Gräfe**Schriftführung:** Barbara Hillig**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr**Ende der Sitzung:** 18:10 Uhr

Frau Gräfe, in Vertretung für Herrn Landrat Rydzewski, hat den Vorsitz für die heutige Ausschusssitzung, da die bisherige Ausschussvorsitzende per Gesetz ihr Kreismandat verloren hat. Sie eröffnet die 23. öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:

- | | Drucksachen Nr. |
|---|---|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung vom 01.02.07 |
| 2 | Bericht über die Arbeit des Psychiatriebeirates |
| 3 | Förderung der Psychosozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstelle für Suchtgefährdete und Suchtkranke Altenburg/Schmölln (PSBS) nach Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitssuchende V-SGA 23/01/2007 |
| 4 | Förderung der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle für psychisch erkrankte Menschen und deren Angehörige Altenburg (PKBS) für die psychosoziale Betreuung von jungen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 18 - 25 Jahren und deren Familien im Landkreis Altenburger Land V-SGA 23/02/2007 |
| 5 | Informationen, Allgemeines |

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung vom 01.02.07

Die Niederschrift SGA 22/2007 über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 01.02.2007 wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Bericht über die Arbeit des Psychiatriebeirates

Frau Gräfe erklärt, dass entsprechend der Satzung des Psychiatriebeirates vom Februar 2003, § 6 der Vorsitzende einmal jährlich über die Arbeit des Psychiatriebeirates Bericht erstattet. Der Vorsitzende des Psychiatriebeirates ist Herr Dipl.-Psych. Michael Swiridoff, sein Stellvertreter ist nach Berufung durch den Landrat der Fachbereichsleiter Soziales und Jugend, Frau Gräfe. Diese Aufgabe wurde übertragen an Frau Matuszewski, die die Funktion als Stellvertreter im Psychiatriebeirat wahrnimmt. Frau Gräfe bittet Herrn Swiridoff um seine Ausführungen.

Herr Swiridoff führt aus, dass er im Januar 2005 erstmals über die Tätigkeit des seit 2003 bestehenden Psychiatriebeirates berichtete. Es fanden bisher insgesamt 14 Sitzungen statt. Der Psychiatriebeirat hat sich mit vielfältigen Themenkomplexen schwerpunktmäßig befasst. Er berichtet ausführlich über das Projekt „Implementation des personenzentrierten Ansatzes“ und über Ergebnisse der Hilfeplankonferenzen. 2005 fanden vorerst „Probe-Hilfeplankonferenzen“ mit Unterstützung eines externen Beraters und unter Beteiligung aller Leistungserbringer des Landkreises statt. Ein besonderes Augenmerk seiner Ausführungen richtet sich auf die Bereitstellung von Geldern durch den Sozialhilfeträger.

Frau Gräfe unterbricht die Ausführungen von Herrn Swiridoff und bittet ihn, in seinen Ausführungen mehr auf die Berichterstattung zur Arbeit des Psychiatriebeirates einzugehen.

Herr Swiridoff führt aus, dass der Psychiatriebeirat sich mit dem Fortgang des Projektes in jeder Sitzung befasst, so dass es 2006 gelungen ist, einen zweiten potentiellen Kostenträger, die Arbeitsagentur bzw. die ARGE, zu gewinnen. Das Projekt hat mit der neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Psychiatriebeirates eine positive Entwicklung genommen. Der Beirat hat Beschlüsse gefasst und sich an die Kreisverwaltung gewandt. Es gab Probleme dahingehend, dass gefordertes Zahlenmaterial durch die Verwaltung nicht zur Verfügung gestellt werden konnte.

Frau Gräfe ergänzt die Ausführungen und erklärt, dass es Diskrepanzen zwischen der Kreisverwaltung und dem Psychiatriebeirat gab. Der Psychiatriebeirat hatte einen Beschluss gefasst und die Kreisverwaltung beauftragt, umfangreiches Zahlenmaterial aus den Jahren 2004 bis 2006 zuzuarbeiten. Sie weist darauf hin, dass der Psychiatriebeirat entsprechend der Satzung ein beratendes Gremium ist und nicht das Recht hat, der Verwaltung Aufträge zu erteilen. Sie legt dar, dass es von der Nomenklatur des Haushaltes her nicht möglich ist, ab dem Jahr 2004 festzustellen, welche Personen welche Leistungen in der Psychiatrie erhalten haben. Frau Gräfe nennt folgende Zahlen: 2004 wurden 8.964 T€ Leistungen der Eingliederungshilfe erbracht und im Jahr 2007 10.342 T€, davon 4.133 T€ für psychisch Kranke einschließlich der Zuschüsse für die PKBS und PSBS. Eine weitere Erfassung der Daten und eine Zusammenarbeit an den Psychiatriebeirat ist in Arbeit.

Herr Dr. Blüher weist auf § 2 der Satzung des Psychiatriebeirates hin. Hieraus ergibt sich automatisch ein klassischer und auch gewollter Widerspruch zu denjenigen, die die finanziellen Mittel bereitstellen. Er schätzt ein, dass die Arbeit im Psychiatriebeirat zum Wohle der psychisch kranken und seelisch behinderten und suchtkranken Menschen in einem kollegialen Miteinander erfolgt. Neben der Erfassung der geforderten Zahlen und der bereitgestellten Mittel aus dem Kreishaushalt sollte versucht werden

zu erfassen, welche Kosten die gesetzlichen Krankenkassen für psychisch Kranke übernehmen.

Herr Swiridoff erwähnt als positives Ergebnis der Tätigkeit des Psychiatriebeirates die Schaffung und Gründung einer Tagesstätte für Suchtkranke. Kritisch erwähnt er die Bereitstellung bzw. die Kürzung der finanziellen Mittel für die Beratungsstellen PSBS und PKBS. Entscheidungen werden getroffen, ohne den Psychiatriebeirat einzubeziehen und die Mitteilungen über Kürzungen bzw. Änderungen erfolgen sehr kurzfristig.

Zu diesen Äußerungen von Herrn Swiridoff weist Herr Dr. Blüher auf die Tatsache hin, dass der Bedarf für psychisch Kranke ansteigt, aber die finanziellen Mittel nicht im erforderlichen Maße zur Verfügung stehen. Dr. Blüher war und ist stets bemüht, nach Vorliegen verlässlicher Zahlen, die Geschäftsführung der evangelischen Lukas-Stiftung zeitnah über Mittelkürzungen bzw. Änderungen zu informieren.

Frau Gräfe weist darauf hin, dass die Förderung der PSBS und PKBS in den Tagesordnungspunkten 3 und 4 behandelt wird.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt sie diesen Tagesordnungspunkt.

V-SGA 23/01/2007

TOP 3 Förderung der Psychosozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstelle für Suchtgefährdete und Suchtkranke Altenburg/Schmölln (PSBS) nach Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitssuchende

Frau Gräfe erläutert die Vorlage und erklärt, dass die Aufteilung der Mittel nach SGB II und SGB XII vorgenommen werden musste, da die Mittel aus verschiedenen Haushaltstellen kommen.

Es gibt keine weiteren Anfragen zur Vorlage. Der Ausschuss fasst nachfolgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 18:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Gewährung eines Zuschusses im Jahr 2007 bis zu einem Höchstbetrag von 59.600 Euro für anteilige Personal- und Sachkosten zur Durchführung der Aufgaben der Psychosozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstelle für Suchtgefährdete und Suchtkranke (PSBS) nach § 16 Absatz 2 Sozialgesetzbuches II an die

Horizonte g GmbH
Psychosoziales Diakoniezentrum Altenburger Land
Carl-von-Ossietzky-Straße 12
04600 Altenburg.

Abstimmungsergebnis:

Von den 9 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses waren zur Abstimmung 7 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde **einstimmig** gefasst.

V-SGA 23/02/2007**TOP 4 Förderung der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle für psychisch erkrankte Menschen und deren Angehörige Altenburg (PKBS) für die psychosoziale Betreuung von jungen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 18 - 25 Jahren und deren Familien im Landkreis Altenburger Land**

Frau Gräfe erläutert die Vorlage. In der Sitzung des Psychiatriebeirates am 16.11.2006 wurde die Problematik zu dieser Vorlage dargestellt. Aufgrund der angespannten Haushaltsituation sollten 30.000 € vom bisherigen Ansatz gekürzt werden. Das vorhandene Defizit der Finanzierung der PKBS soll durch eine andere Haushaltsstelle mit 20.000 € teilweise ersetzt werden. Die PKBS sollte ein Projekt erstellen mit Zielgruppe unter 25-Jährigen. Dieser Vorschlag wurde angenommen und realisiert. Ein entsprechendes Konzept liegt vor und wurde mit dem Jugendteam der ARGE abgestimmt.

Es gibt keine weiteren Anfragen zur Vorlage. Der Ausschuss fasst nachfolgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 19:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Gewährung eines Zuschusses im Jahr 2007 in Höhe von 20.000 € für Personalkosten zur psychosozialen Betreuung von jungen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 18 – 25 Jahren und deren Familien an die

Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle Altenburg
der Horizonte g GmbH
Carl-von-Ossietzky-Str. 19
04600 Altenburg

Abstimmungsergebnis:

Von den 9 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses waren zur Abstimmung 7 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde **einstimmig** gefasst.

TOP 5 Informationen, Allgemeines

Frau Gräfe informiert zum Stand Frühwarnsystem von Kindern im Vorschulalter im Landkreis Altenburger Land. Entsprechend einem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wurden hierzu im Haushalt 2007 Mittel eingestellt. Zum Erhalt von Fördermitteln (20 T€) wurde ein entsprechendes Modell erarbeitet und termingerecht beim Thüringer Ministerium für Familie, Soziales und Gesundheit (TMSFG) eingereicht. Mit Schreiben vom 09.03.07, Eingang 10.03.2007, kam die Mitteilung vom TMSFG, dass eine Förderung des eingereichten Projektes nicht möglich ist. Trotz dieser negativen Bescheidung wird das Modellvorhaben zum Frühwarnsystem im Landkreis umgesetzt. Mitte Mai 2007 wird dazu eine Auftaktveranstaltung stattfinden. Das Konzept

„Auf- und Ausbau eines sozialen Frühwarnsystems für Kinder im Alter zwischen 0 – 3 Jahren“ wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Bugar führt aus, dass bei der Ausschüttung von Sondermitteln auch Projekte berücksichtigt werden sollten, die heute in der Ausschusssitzung diskutiert worden sind.

Frau Gräfe informiert zur aktuellen Situation der ARGE. Sie bezieht sich auf den Presseartikel vom 23.03.2007 „Vertrag gekippt: Arge steht vor dem Aus“ und auf die Presse-Information 30/03/07 des Landratsamtes Altenburger Land. Mit Schreiben vom 22.03.2007 hat das Vorsitzende Mitglied der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Altenburg den öffentlich-rechtlichen Vertrag gem. §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gem. § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) vom 04.11.2004 zum 31.12.2007 gekündigt. Grund der Kündigung ist die Problematik des Verwaltungskostenanteils der Kommune in der ARGE. Der Finanzierungsanteil des Landkreises beträgt 6,3 %, dem stehen die Forderungen der Agentur in Höhe von 12,6 % entgegen. Aus dieser Situation heraus kommt es zur Auflösung der Arbeitsgemeinschaft. Als Alternative dazu besteht nur die getrennte Aufgabenwahrnehmung, die auch mit unseren Mitarbeitern möglich ist. Insbesondere gewinnt der Landkreis wieder eine eigene Steuerungsmöglichkeit und Transparenz in der Mittelbewirtschaftung. Der Hilfebedürftige wird künftig zwei Bescheide erhalten. Das Landratsamt wird wie früher in der Sozialhilfe einen Ansprechpartner für den jeweiligen Hilfebedürftigen einsetzen, es sollen ihm keine Nachteile entstehen.

Die Presse-Information wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Wecker ergänzt die Ausführungen von Frau Gräfe dahingehend, dass aus dem Presseartikel der Eindruck entsteht, dass die Verwaltung rechtswidrig handelt. Diese Darstellung ist aber inhaltlich und sachlich falsch.

Frau Gräfe berichtet, dass die Antragsbearbeitung des Elterngeldes reibungslos angelaufen ist. Bis März 2007 wurden 80 Anträge gestellt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine weiteren Informationen, so dass der öffentliche Teil der 23. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses um 18:10 Uhr beendet wird. Herr Swiridoff, Frau Weichert und Herr Dr. Blüher verlassen die Sitzung.

Altenburg, den 18.04.07

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christine Gräfe
Hauptamtliche Beigeordnete

Barbara Hillig
Mitarbeiterin FD 43

Anlagen